

Medienmitteilung

Zum Voranschlag des Kantons Bern für 2012

Ausgeglichener Voranschlag in Reichweite – Anstrengungen für einen langfristig gesunden Finanzhaushalt müssen intensiviert werden

Die BDP Kanton Bern begrüsst die von der Finanzkommission heute vorgestellten Massnahmen, um im Jahre 2012 einen ausgeglichenen Voranschlag zu erreichen. Allerdings wird dieses Ziel nur dadurch erreicht, dass das Gesetz über die Besteuerung der Motorfahrzeuge erst im Jahre 2013 in Kraft tritt. Für die BDP bleibt dies problematisch.

Die verfassungsmässige Schuldenbremse wird nicht mehr verletzt. Damit sind die Aussichten, dass der Grosse Rat in der Novembersession dem Voranschlag zustimmen kann, deutlich verbessert worden. Unter dieser Voraussetzung ist die BDP als lösungsorientierte Kraft bereit, den Vorschlag der Finanzkommission als Kompromiss mitzutragen. Auch in den folgenden Jahren müssen aber ausgeglichene Voranschläge möglich sein.

Die BDP anerkennt die Bemühungen der Finanzkommission, das vom Regierungsrat vorgelegte Budget mit einem Defizit von 156 Mio. ausgeglichen zu gestalten. Sie stellt aber besorgt fest, dass der Hauptteil der Verbesserung – nämlich der Verzicht auf die Reduktion der Motorfahrzeugsteuern im Jahre 2012 – keine echte Sparmassnahme ist. Finanzpolitik wird damit vor staatspolitische Überlegungen gestellt. Zudem wird das Problem bloss um ein Jahr verschoben. Bereits jetzt steht fest, dass mit dieser „Lösung“ dreistellige Millionenbeträge im Jahre 2013 zusätzlich eingespart werden müssen.

Von Bedeutung ist insbesondere, dass auch beim Vollzug das Ziel des ausgeglichenen Voranschlages nicht verwässert wird. Für die BDP ist es zwingend, dass ein allfälliges Ausbleiben des Nationalbankgeldes aufgefangen werden muss.

Für die BDP steht allerdings eine langfristige Betrachtungsweise im Vordergrund. Die Erfahrungen zeigen, dass kurzfristige Massnahmen auf Ebene des Voranschlages wegen vorgegebenen Rahmenbedingungen nur schwierig zu realisieren sind. Nachhaltige Sanierungsschritte können zum Beispiel wegen geltenden Gesetzen vielfach nicht kurzfristig umgesetzt werden. Sollen die künftigen Finanz- und Aufgabenpläne ausgeglichen sein, sind grosse Anstrengungen nötig. Dies ist nur möglich, wenn der intensive Dialog zwischen Regierungsrat und Grosse Rat weitergeführt wird. Die BDP erwartet vom Regierungsrat, dass er so schnell wie möglich aufzeigt, wie aus der drohenden Schuldenspirale ausgestiegen werden kann.

Auskunft:

Dieter Widmer, Fraktionschef BDP, 079 300 50 57
Jakob Etter, 079 252 73 12

Bern, 9. November 2011